

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Mittwoch, 19. Februar 1969

Blatt 428

## "Koordination des Ausbauprogrammes der österreichischen =====

### Elektrizitätswirtschaft" =====

19. Februar (RK) Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft veranstaltet Dienstag, den 25. Februar, 15.30 Uhr, im Großen Sitzungssaal der Wiener Städtischen Versicherung, 1, Schottenring 30, Ringturm, 7. Stock, einen Vortrag über das Thema "Koordination des Ausbauprogrammes der österreichischen Elektrizitätswirtschaft". Es spricht der Generaldirektor der österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft), Dipl.-Ing. Franz Hintermayer. Anschließend Diskussion. Nähere Auskünfte bei der Arbeitsgemeinschaft, 1050 Wien, Vogelsanggasse 36.

- - -

Personalnachrichten  
=====

19. Februar (RK) Der Wiener Stadtsenat hat den Leiter der Magistratsabteilung 27, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Franz Balbier, und den Leiter der Magistratsabteilung 46, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Engelbert Tschulk, in die Dienstklasse VIII befördert und Ihnen den Titel Senatsrat verliehen. Der Anstaltsarzt Dr. Oswald Muzik (MA 17) wurde in die Dienstklasse VII befördert. Stadtbaurat Dipl.-Ing. Herbert Segall (MA 32) wurde Oberstadtbaurat und der Technische Amtsrat Ing. Egon Butschowitz (MA 34) Technischer Oberamtsrat.

- - -

Neue städtische Wohnhausanlage im dritten Bezirk  
=====

19. Februar (RK) Baustadtrat Kurt Heller beantragte Gestern im Wiener Stadtsenat die Errichtung einer neuen städtischen Wohnhausanlage mit 48 Wohnungen und einer Mutterberatungsstelle in Wien 3, Markhofgasse 20-Barth~~Sasse~~ 17. Über die dazugehörige Baubewilligung referierte Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel.

Die Projektspläne wurden von Zivil-Ing. Dipl.-Ing. Adolf Illner ausgearbeitet. Der zur Verfügung stehende Baugrund ist 3.126 Quadratmeter groß. Es handelt sich um vier füngeschossige Häuser, die zu einem Baukörper zusammengefaßt sind. Die vorgesehenen Abstellplätze in zwei Ebenen für 81 Personenkraftwagen sollen auch den Bedarf des angrenzenden Altgemeindebaues decken.

- - -

Vorbereitungsarbeiten für die WIG 74 in Ober-Laa  
=====

19. Februar (RK) Die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung einer großen Grünanlage mit Kurpark und Sportzentrum in Ober-Laa werden drei Millionen Schilling erfordern. Baustadtrat Kurt Heller stellte gestern im Wiener Stadtsenat einen entsprechenden Antrag.

Der Gemeinderat hat bekanntlich im Dezember grundsätzlich beschlossen, in diesem Sanierungsgebiet Favoritens zwischen Holzknechtstraße und Laaer Berg-Straße alle Vorbereitungen zur Durchführung einer Internationalen Gartenschau für 1974 zu treffen. Die Bewerbung bei den internationalen Behörden ist im Gange. Heuer werden alle notwendigen Vermessungen, Wasseruntersuchungen, Bohrversuche, Planungsarbeiten, Wettbewerbs- und sonstige administrative Arbeiten durchgeführt. Der Wiener Gemeinderat wird sich am Freitag mit diesem Antrag beschäftigen.

- - -

Fernwärmeleitung für Welthandelshochschule und  
Internationales Studentenheim

19. Februar (RK) Baustadtrat Kurt Heller beantragte gestern im Wiener Stadtsenat den Bau einer Fernwärmeleitung, die vom Gürtel bei der Nußdorfer Straße abzweigt und von dort zum Internationalen Studentenheim mit den Anschlüssen zum Arthur Schnitzler-Hof und zur Hochschule für Welthandel führt. Über die dazugehörige Baubewilligung referierte Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel. Die Kosten werden mit neun Millionen Schilling angenommen. Das Fernwärmewerk Spittelau wird bekanntlich in erster Linie das neue Allgemeine Krankenhaus zu versorgen haben.

- - -

Wieder neue städtische Schulen  
=====Nun auch "fliegende Klassenzimmer" für Wien

19. Februar (RK) Der Wiener Stadtsenat beschäftigte sich gestern auf Antrag von Kulturstadträtin Gertrude Sandner mit drei neuen Schulbau-Projekten. In Simmering, in der Kaiser-Ebersdorfer Straße, wird eine achtklassige Volksschule gebaut. Es handelt sich um das Gebiet Mitterweg-Gehringergasse, wo in nächster Zeit städtische Wohnhausanlagen mit etwa 1.500 Wohnungen entstehen. Dort ist mit einem Zuwachs von 400 Schülern zu rechnen. Die Schule wird außer den acht Klassenzimmern ein Musik- und Lichtbildzimmer, ein Mädchenhandarbeitszimmer mit Materialraum, eine Pausenhalle, Zentralgarderobe und selbstverständlich Direktionskanzlei, Lehrerzimmer, Arztzimmer, Lehrmittelzimmer, Schulwartwohnung, Wirtschaftsräume, usw. enthalten. Über die dazugehörige Baubewilligung referierte Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel.

Ein weiteres Projekt ist die Erweiterung der städtischen Schule 21, Großfeldsiedlung. Für dieses große Siedlungsgebiet ist bereits eine neue Schule im Bau. Da in diesem Gebiet aber immer mehr Häuser gebaut werden, rechnet man jetzt bereits mit 1.400 bis 1.600 Pflichtschülern. Das Raumprogramm der neuen Schule ist daher auf 16 Klassenzimmer mit Physiksaal, Musik- und Lichtbildzimmer, ein Mädchenhandarbeitszimmer etc. erweitert worden. Auch drei Turnsäle sind vorgesehen. Die neue Schule wird an die bestehende Fernheizleitung angeschlossen. Mit der Planung wurde die Architektin Dr. Dipl.-Ing. Edith Lassmann betraut.

Die Kosten der beiden Schulen werden mit rund 36 Millionen Schilling angenommen.

Ein weiterer Antrag befaßt sich mit dem Kauf von 20 transportablen Klassenzimmern mit einem Kostenaufwand von weiteren acht Millionen Schilling. Wie Stadträtin Gertrude Sandner dazu mitteilte, ergeben sich durch das Steigen der Schülerzahlen in fast allen Wiener Bezirken vielfach Schwierigkeiten mit der Beistellung des erforderlichen Schulraumes. Die bestehenden Schulen können oft nicht mehr erweitert werden. Als Lösung bieten sich mobile Klassen-

./.

zimmer an, die ohne Substanzverlust beliebig oft aufgestellt und demoniert werden können. Damit ist es möglich, einen vorübergehenden "Spitzenbedarf" zu decken. Die Kosten eines transportablen Klassenzimmers einschließlich der Aufschließung mit Kanal, Wasser und Strom wird mit etwa 400.000 Schilling angenommen.

- - -

Stadtphysikus Dr. Krassnigg vor Krankenhausverwaltern:

18 Referat und 23 Ärzte zur Überwachung der Wiener Gesundheit  
=====

19. Februar (RK) In seinem Referat "Gesundheitsaufgaben einer Großstadt" gab der Landessanitätsdirektor von Wien, Stadtphysikus Dr. Albert Krassnigg bei der heutigen Tagung der Krankenhausverwalter einen Überblick über das Wiener Gesundheitswesen und den Pflichtenkreis der Geschäftsgruppe. Er umriß zunächst die ungeheuren Wandlungen in der Medizin und die revolutionär anmutenden Veränderungen im soziologischen und medizinischen Denken. Zum Unterschied gegen einst treten heute Begriffe wie Prävention, Prophylaxe und Früherkennung sowie die medizinischen Disziplinen Sozial-, Arbeitsmedizin und Geriatrie immer mehr in den Vordergrund. Die moderne Medizin bewirkt, daß die zivilisierte Menschheit gesünder lebt, mindestens aber gesünder leben könnte, daß das Einzelindividuum eine zunehmende Lebenserwartung hat, ein Erlahmen der vielfältigen Bemühungen aber zu Rückschlägen führen könnte, deren unerfreuliche Folgeerscheinungen nur schwer wieder auszugleichen wären.

Auf den Tätigkeitsbereich der Magistratsabteilung 15 übergehend beschäftigte sich Dr. Krassnigg mit der Seuchenhygiene. Man erfuhr, daß es im Jahr 1968 in Wien 1.272 Scharlachfälle, 156 Keuchhustenerkrankte, 75 Darminfektionen, jedoch keinen Fall von Diphtherie oder Poliomyelitis gegeben hat. Während in diesem Jahr kein einziges Kind an einer der gewöhnlichen Kinderinfektionskrankheiten starb, machte die infektiöse Gelbsucht den Ärzten in steigendem Maße Sorge. Sorge deshalb, weil die infektiöse Gelbsucht häufig in Kindergärten und Schulen auftritt und neue Wege der Vorbeugung gesucht werden müssen. Derzeit wird als

./.

Prophylaxe Gammaglobulin verabreicht, doch müssen noch eine Menge Fragen geklärt werden, um mit dem unvermutet<sup>l</sup> aufgetauchten Problem zufriedenstellend fertig zu werden. Er wies darauf hin, daß die Bemühungen um einen intensiven Schutz gegen Pocken, Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus und Kinderlähmung nicht ermüden dürfen. Der spektakuläre Erfolg der Kinderlähmungsimpfung hat in der Bevölkerung ein trügerisches Sicherheitsgefühl aufkommen lassen. Ähnlich sicher fühlt man sich vor den Pocken. Hier handelt es sich um eine reelle, vorläufig glücklicherweise latente Gefahr, die in diesem Augenblick zu einer Bedrohung wird, wenn durch Einschleppen der Seuche aus anderen Ländern ein Infektionsherd geschaffen wird. Wien hat als erstes Bundesland einen detaillierten Pockenalarmplan ausgearbeitet und verbindliche Richtlinien an Ärzte, Amtsärzte, Krankenanstalten und Polizei gegeben. Damit will man sanitätspolizeiliche Mängel, wie sie im Ausland im Ernstfall immer wieder auftauchen, vermeiden. Das Anstaltenamt ging mit seinen vorbeugenden Maßnahmen so weit, daß es einen genauen Räumungsplan der großen Infektionsabteilungen im Franz Josef-Spital und im Wilhelminenspital festgelegt hat.

#### Suchtgifte noch kein Problem

Eine Seuche, der die meisten Wiener gleichfalls desinteressiert gegenüberstehen, ist die Tuberkulose. Wenngleich die Prognose für den einzelnen günstiger geworden und die Mortalität stark abgesunken ist, werden in Wien dennoch jährlich 1.000 neue Tuberkulosefälle registriert. Die Kindertuberkulose ist durch die Schutzimpfung, die bei 95 Prozent aller Neugeborenen in den geburts-hilflichen Abteilungen verabreicht wird, zu einer Seltenheit geworden. Eine Enttäuschung erlebten die optimistischen Mediziner auf dem Gebiet venerischer Erkrankungen. Während man im Jahr 1950 meinte, die Syphilis und die Gonnorrhoe seien ausgestorben, zählte man im Jahr 1968 1.500 venerisch erkrankte Personen, wobei vermutlich eine gleich hohe Zahl nicht gemeldeter Geschlechtskranker nirgends aufscheint.

Er verwies auf den neuen Aufgabenkreis, den die Wasserhygiene in solchen Quellschutzgebieten zu leisten hat, wo Sessellifte installiert sind und tausende Menschen für die Verschmutzung des Wassers sorgen. Schließlich beschäftigte sich Stadtphysikus Dr. Krassnigg

mit dem Problem, daß man heute nicht wie ehedem genau weiß, wann ein Mensch gesetzlich, klinisch, medizinisch, biologisch, philosophisch, chemisch und theologisch tot ist. In diesem Zusammenhang müsse man sich auch mit der neuen Frage der "Gastleichen" auseinandersetzen. Schon heute möchte er aber feststellen, daß es solche Gastleichen für Spitäler nicht geben kann. Sie dürfen auch weiterhin nur lebende Patienten von der Rettung entgegennehmen. Die Suchtgiftfrage ist in Wien noch kein echtes Problem. Das Gesundheitsamt kann derzeit nur eine Verschiebung in der Art der Mittel wie auch des Lebensalters, in der sie konsumiert werden, konstatieren. Er kündigte die Installation des durch zentralen Funk geregelten ärztlichen Samstags- und Sonntagsdienstes an, dessen Verwirklichung jährlich zehn Millionen Schilling kosten wird. Zu den Aufgaben, die die 18 Referate und 23 Bezirksamtsärzte für die Wiener Gesundheit zu erledigen haben, gehört auch die zunehmende Zahl älterer und alter Bürger. Für sie wurde eine neue Betreuungsform eingerichtet: der geriatrisch-psychiatrische Hausbetreuungsdienst überwacht alle jene, die von Altersheimen oder Psychiatrischen Krankenhäusern entlassen werden, deren Zustand aber Kontrollmaßnahmen nötig macht.

- - -

Stadtbaudirektor Dr. Koller vor Krankenhausverwaltern:"Altersheim Süd": Neue Heimat für 1000 Menschen  
=====

19. Februar (RK) Beim 9. Informationstag der Arbeitsgemeinschaft der Krankenhausverwalter beschäftigte sich heute Stadtbaudirektor Dr. Koller in einem Grundsatzreferat mit den Planungsproblemen und Großbauvorhaben der Bundeshauptstadt unter besonderer Berücksichtigung der Krankenanstalten. Auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingehend, setzte sich der Stadtbaudirektor mit dem immer wieder auftauchenden Vorwurf zu langsamer Bauweise auseinander und stellte fest, daß die beengten Platzverhältnisse eine Forcierung des Bautempos kaum erlauben.

Damit müsse man sich abfinden, auch wenn immer dringender gefordert werde, das Gelände des alten Allgemeinen für Erweiterungen der Universitätsinstitute endlich zur Verfügung zu stellen. Dank der langen Bauzeit habe man aber die Möglichkeit, die neuesten Erkenntnisse der Medizin soweit als irgend möglich zu berücksichtigen. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung in der Boerhaavegasse, wo gleichfalls das neue Gebäude unter Aufrechterhaltung des Betriebes errichtet werden muß. Wieviel Verständnis und Rücksichtnahme von allen Seiten notwendig ist, um einen Krankenhausbetrieb neben Baustellen weiterzuführen, wieviel Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß zurückgedrängt werden müssen, braucht gerade vor diesem Publikum nicht erläutert werden.

Wesentlich günstiger sind die Verhältnisse im Wilhelminenspital oder im Lainzer Krankenhaus und größte Bewegungsfreiheit zur Planung und Bauführung ist bei den neuerrichtenden Krankenhaus Ost am linken Donauufer garantiert.

In der Folge gab Stadtbaudirektor Dr. Koller einen Überblick über die gewaltigen Anstrengungen, die die Stadt Wien gerade auf dem Gebiet des Neubaus von Krankenanstalten unternommen hat und untermauerte seine Ausführungen durch zahlreiche Lichtbilder. Für den Wiederaufbau, den Umbau und den Neubau von Spitälern wurden in den Jahren zwischen 1945 und 1962 eine Milliarde Schilling ausgegeben. Von 1963 bis zum heurigen Jahr, also etwa in einem Drittel des erstgenannten Zeitraumes,



wendete die Stadt Wien auf dem gleichen Sektor 1.344 Millionen Schilling auf. Davon entfallen allein auf den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses 608 Millionen Schilling, zu denen der Bund 50 Prozent beigesteuert hat.

Er berichtete über die verschiedenen Baustufen des neuen Allgemeinen, daß man mit dem sogenannten Wohnbezirk begonnen und mit dem Bau der Neurologisch-Psychiatrischen Klinik fortgesetzt hat. Zu diesem Gebäudekomplex gehört auch die Heilpädagogische Abteilung und die Kinderklinik, der ein dreigeschossiger Bettenbaukörper mit sechs Pflegeeinheiten vorgelagert ist. Zu der Psychiatrischen Klinik gehört eine 30 Betten große Kinder- und Jugendpsychiatrie. Am südlichen Teil des Klinikgebäudes wird der neue Kindergarten gelegen sein. Ende 1968 wurde mit der Errichtung der riesigen Parkgarage begonnen. Für den Baubeginn des Hauptgebäudes, in dem allein 2.500 Betten untergebracht sein werden, ist das Jahr 1971 vorgesehen. Dr.Koller ging dann auf die Errichtung der Neubauten im Wilhelminenspital, in der Rudolfsstiftung, der Errichtung der Betatronanlage in Mainz und die Generalsanierung der II.Chirurgischen und der I.Frauenklinik, auf das Akutprogramm für die I.Medizinische Klinik, die Isotopenstation und die Computeranlage ein.

#### Spitalsbauten werden immer teurer

Wie auf allen übrigen Gebieten steht auch im Krankenhausbetrieb eine weitgehende Mechanisierung und Automatisierung im Mittelpunkt aller Überlegungen. Die angestrebte Zentralisation bedingt massierte Baukörpergestaltung mit tiefen Grundrissen. Diese wieder verlangt den Einbau gut funktionierender Be- und Entlüftungsanlagen. Mögliche Umwidmung von Räumen oder Raumgruppen für derzeit noch nicht bekannte Verwendungszwecke, lassen den Aufwand für eine Vollklimaanlage als geboten erscheinen. Mobile Zwischenwände erleichtern den Umbau während des fortlaufenden Betriebes ebenso wie geeignete Installationssets, die freilich erst entwickelt werden müssen. Aus diesen nicht vollständigen Hinweisen, gab der Redner zu bedenken, kann man erkennen, daß die Errichtungs- und Betriebskosten solcher Anlagen laufend steigen. Dennoch muß abgewogen werden,

wie weit solche Vorkerhungen auf zu erwartende Entwicklungen in der medizinischen Wissenschaft von der Sicht des Krankenhausbaus wirtschaftlich realisiert werden können.

Der zügigen Bauführung des "Altersheimes Süd" und "Krankenhaus Ost" steht nichts im Wege, weil beide auf freiem Gelände am Rande der Stadt errichtet werden. Das Altersheim Süd soll 20 Stationen mit je 50 Betten umfassen und an der Breitenfurter Straße in Atzgersdorf seinen Platz finden. Das zwischen Langobardenstraße und Wulzendorferstraße geplante Krankenhaus und Pflegeheim Ost wird durch seine Zentralisierung von Untersuchungs- und Behandlungsbereichen, der Ver- und Entsorgung und der Verbindung mit einem Altersheimbetrieb zum erstenmal eine wesentliche Rationalisierung und optimale Bettenausnutzung ermöglichen.

Seit der Jahrhundertwende ist die Versorgung alter Menschen zu einem Problem ersten Ranges geworden, stieg doch die mittlere Lebenserwartung seit 1900 bis heute von 40 auf 72 Jahre an. Für das vor der Tür stehende Jahr 2000 wird sogar mit einem mittleren Lebensabend von 85 Jahre gerechnet. Seinen instruktiven Überblick schloß Stadtbaudirektor Dr. Koller mit zahlreichen Lichtbildern über Erweiterungsbauten im Wilhelminenspital, in der Poliklinik, Umbauten im Altersheim Lainz und anderen Spitalsneubauten.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

19. Februar (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm, Karfiol 5 bis 6 S je Stück.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse I 8 bis 10 S, Bananen 8 S, griechische Orangen 6 bis 7 S je Kilogramm.

- - -

Landeshauptmann Marek überreichte fünf Lebensrettungsmedaillen  
=====

19. Februar (RK) Heute vormittag überreichte Landeshauptmann Bruno Marek im Roten Salon des Rathauses an vier Angehörige der Wiener Polizei und einen Zivilisten die Lebensrettungsmedaille des Landes Wien.

Der Wiener Landtag beschloß am 10. Dezember vorigen Jahres, die hohe Auszeichnung an die Polizeiangehörigen Erich Prieschl, Johann Prybil, Johann Schwarz, Karl Todt und an den Beamten Josef Povolny zu verleihen. Alle Ausgezeichneten haben Menschenleben vor dem Ertrinken gerettet.

Der Landeshauptmann wies darauf hin, daß solche Taten in einer übertechnisierten Welt nicht genug gewürdigt werden können. "Diese Männer haben zum richtigen Zeitpunkt das Richtige getan und gezeigt, daß es noch Mut gibt", erklärte Marek.

- - -

Während der Viennale:29teilige Retrospektive Luis Bunuel gewidmet  
=====

19. Februar (RK) Im Presseclub Concordia gab heute Kulturstadträtin Gertrude Sandner einen Überblick über die "Viennale 1969", die unter dem Motto "Leben in dieser Zeit" steht. Die Viennale beginnt am 13. März und endet mit dem jugoslawischen Film "Unschuld ohne Schutz" am 20. März in der Urania. Einen Tag später beginnt im Mittleren Saal der Urania die Retrospektive der Filme von Luis Bunuel. Insgesamt werden 29 Filme dieses eigenartigen und eigenwilligen Regisseurs aufgeführt. Die Vorstellungen finden täglich um 17, 19 und 21 Uhr statt.

Der Kartenvorverkauf für sämtliche Veranstaltungen erfolgt täglich in der Wiener Urania zwischen 14.30 und 20.30 Uhr.

Als dritter Bestandteil der Viennale 1969 werden im Film-saal der Albertina unter der Gesprächsleitung von Dr. Otto Wladika Diskussionen unter dem Titel "Internationales Gespräch über Filmförderung in Europa" abgehalten. Die erste Diskussion wird Freitag, den 14. März, um 15 Uhr, über das Thema "Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland - zur Nachahmung empfohlen?" unter Mitwirkung des Bundestagsabgeordneten Joachim Raffert und des Produzenten Rob Houwer sowie des Regisseurs Edmund Luft abgewickelt. Montag, den 17. März, wird man nach einem Vortrag des Direktors des schwedischen Filminstituts Harry Schein über "Der Aufstieg des schwedischen Films" diskutieren. Dienstag, den 18. März, schließlich beteiligen sich an einer "Forumdiskussion" Erik Hauerslev aus Dänemark, Claude Degand aus Paris, G.J. van der Molen aus Holland, B. Torbica aus Jugoslawien, der Österreicher Helmut Pfandler und Oskar Nekut aus Wien.

(Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben.)

Kulturstadträtin Sandner unterstrich, daß das Wiener Filmfestival bis zum Vorjahr dem heiteren Film gewidmet war. Das Motto des heurigen Jahres verrät, daß man sich zeit-, sozial- und gesellschaftskritischen Themen zugewendet hat. Als weitere Besonderheit der Viennale bezeichnete die Stadträtin, daß man es vermeiden konnte, nicht wie bei ähnlich gearteten Veranstaltungen dem Starrummel Vorschub zu leisten.

Die zur Aufführung gelangenden Filme sind teilweise noch fast keinem Publikum zugänglich gemacht worden. So beispielsweise der völlig zu unrecht vergessene japanische Film "Ein Leben in Furcht", in dem die Geschichte eines Industriellen erzählt wird, den die Angst vor weiteren Atombomben in den Wahnsinn treibt. Dieser Film wurde im Nachtprogramm eines einzigen Fernsehsenders der Welt ausgestrahlt. Ebenso unbekannt sind die drei Geschichten, die in dem Film "Vier am Morgen" über Ereignisse in einem Londoner Hafenviertel berichten. Der andere Teil der zur Aufführung gelangenden Filme ist wohl älteren Datums, doch dem Wiener Publikum und den Wiener Verleihgesellschaften bisher vorenthalten geblieben.

Gemäß dem vor zwei Jahren von der Stadt Wien beschlossenen Kulturprogramm und dessen Punkt sechs, intensive kulturelle Beziehungen mit den Bundesländern zu pflegen, erklärte Stadträtin Sandner, werden die in der Viennale 1969 gezeigten Filmwerke nach Beendigung des Festivals kostenlos von der Stadt Wien der Stadt Linz zur Verfügung gestellt. Die Premiere in Linz findet am 21. März statt.

Nach dem Dr. Otto Wladika eine detaillierte Programmübersicht gegeben hatte, berichtete Peter Konlechner über die vom Österreichischen Filmmuseum zusammengestellte "Retrospektive Luis Bunuel". Wie fast kein anderer Regisseur haben seine Werke ebenso heftige Anerkennung und Beigeisterung, aber auch Ablehnung erfahren. Ausgangspunkte zur Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Religion sind Bunuels Eindrücke vom Glanz und Elend der spanischen Gesellschaft, seine Freundschaft mit Dali und Garcia Lorca, seine Aufenthalte in Amerika und Mexiko sowie seine jesuitische Erziehung. Meisterlich versteht er es auch, literarische Themen filmisch umzusetzen. Unter den 29 in Wien zur Aufführung gelangenden Streifen wird der berühmte Dokumentarfilm "Las Hurdes" zu sehen sein.

Bürgermeister Marek eröffnete 9. Informationstag der  
=====  
der Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken-  
=====  
und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien  
=====

19. Februar (RK) Heute vormittag eröffnete Bürgermeister Bruno Marek im Beisein von Personalstadtrat Hans Bock, Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses V, des Stadtbaudirektors Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller, des Landessanitätsdirektors Stadtphysikus Dr. Alber Krassnigg, des Leiters des Anstaltenamtes Obersenatsrat Dr. Franz Wilmayer, Beamten der Stadt Wien, der verschiedenen Ministerien und der Bundesländer den neunten Informationstag der Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien.

In seiner Eröffnungsansprache unterstrich der Bürgermeister die steigende Lebenserwartung, welche ohne die humanitäre Hilfe der Wohlfahrtsanstalten ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Der Bürgermeister wies des weiteren auf den Beschluß des Gemeinderates vom November vorigen Jahres hin, ein nach den modernsten Aspekten geplantes sozialmedizinisches Zentrum zu errichten. Marek schloß mit den Worten: "Möge Ihr Gedanken und Erfahrungsaustausch, der im Dienste einer humanitären Idee steht, fruchtbar sein."

Stadtrat Bock zur Wiener Personalpolitik

Personalstadtrat Hans Bock referierte über das Thema "Grundsätze der Personalpolitik der Stadt Wien". Der Stadtrat führte u.a. aus: "Die Stadt Wien richtet sich in ihrer Personalpolitik nach vier Grundsätzen: Der erste Grundsatz besagt, daß die Personalpolitik ein Teil der gesamten Kommunalpolitik ist. Der zweite Grundsatz betrifft die Bindungen Wiens an den Bund, die Länder und die Gemeinden. Der dritte Grundsatz nimmt auf die gesamtwirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse Österreichs Rücksicht und der vierte Grundsatz beschäftigt sich mit dem Verhältnis des öffentlich Bediensteten zum Bund, Land oder Gemeinde.

Was den ersten Grundsatz anbelangt, so muß die Kommunalpolitik die Stadt erneuern, das Leben verbessern und Leistungen setzen. Aus jedem Budget kann die Gesinnung einer Stadt abgelesen werden. Das Budget stellt je ein Drittel der Mittel für Investitionen für Sach- und Personalaufwand zur Verfügung. Die Investitionen müssen unter allen Umständen erfolgen. Die Personalausgaben werden nicht nur von der Gehaltspolitik beeinflusst."

Im weiteren Verlaufe seines Referates verteidigte Stadtrat Bock den Zulagenkatalog der Wiener Verkehrsbetriebe, den das Fernsehen jüngst sehr scharf anprangerte. Bock stellte fest, daß das Fernsehen seinerseits mit einem Zulagenkatalog operiere, der über 40 Positionen aufweise. Auf die 40 Stundenwoche zu sprechen kommend meinte der Personalreferent, daß die Stadt Wien keineswegs schon mit deren Einführung begonnen habe. Es seien noch eine Fülle von Problemen gewerkschaftlicher, legislatischer und anderer Natur zu klären, und Parlamentsentscheidungen abzuwarten.

Im letzten Teil seines Referates forderte Bock eine Vermenschlichung der Verwaltung, die mit Hilfe der Aufklärung des Bürgers durch den Beamten am schnellsten erreicht werden könne. Viele Vorurteile seien aus dem Weg zu räumen, unter anderem, daß Wien 54.000 Bürokraten beschäftige. Dem ist nicht so, nur 4.000 von insgesamt 54.000 Bediensteten sind sogenannte Schreibtischbürokraten.

Nach Stadtrat Bock sprachen Stadtbaudirektor Professor Koller und Landessanitätsdirektor Dr. Krassnigg über "Planungsprobleme und Großbauvorhaben der Bundeshauptstadt mit besonderer Berücksichtigung der Krankenanstalten" bzw. "Gesundheitsaufgaben einer Großstadt." Den Informationstag beschloß heute nachmittag eine Besichtigung der neuen Zentralküche der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

Warenhäuser-Betriebsräte beim Bürgermeister  
=====

19. Februar (RK) Im Roten Salon des Rathauses empfing Bürgermeister Bruno Marek heute nachmittag eine Gruppe von Betriebsräten der Fachrichtung Warenhäuser. Die Betriebsräte, unter denen sich auch einige Gäste aus der Deutschen Bundesrepublik befinden, nehmen derzeit an einem von der Gewerkschaft der Privatangestellten in Faden veranstalteten Seminar teil. Wiens Städtoborhaupt erlÄuterte den rund dreißig Betriebsräten die handelspolitische Situation der Bundeshauptstadt im mitteleuropÄischen Raum im Zusammenhang mit den Maßnahmen der StÄdtverwaltung zur Sicherung der VollbeschÄftigung.

- - -